

# ZÜRCHER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

Fokus  
Klima und  
Umwelt

### Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Dafür werden viele motivierte und einsatzbereite Freisinnige am Haustürwahlkampf des teamFDP teilnehmen.  
Seite 11



### Nachhaltigkeit 2.0

In der Zukunftsvision für die Schweiz bekennt sich FDP.Die Liberalen klar zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen: Wir wollen weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik. Dafür braucht es innovative, umsetzbare Lösungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir zeigen Ihnen, wie das Klima und die Umwelt mit liberalen Instrumenten und ohne Verbote wirksam geschützt werden.  
Seite 12 bis 16

### Delegiertenversammlung Biel

Die Delegierten der FDP haben am 12. Januar ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Ausserdem sagen sie Ja zur AHV-Steuerreform und zur Waffenrichtlinie.  
Seite 18 und 19

## Wie wir Zürich machen

### Liebe Freisinnige

Der Kanton Zürich und seine Bewohnerinnen und Bewohner liegen uns am Herzen. Deshalb setzen wir uns jeden Tag auf allen politischen Ebenen gemeinsam für Zürich ein. Kurz: Wir machen Zürich. Dabei dienen uns die von den Mitgliedern verabschiedeten politischen Prioritäten als liberalen Kompass. Neun Aufgaben werden wir ganz besondere Aufmerksamkeit schenken, da deren Erledigung für den Kanton Zürich von besonderer Relevanz sein wird:

#### Wir machen Wirtschaft

Wir müssen die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen ständig verbessern, sodass diese im

Wettbewerb bestehen können und am Platz Zürich Arbeitsplätze schaffen und investieren. Aus diesem Grund kämpfen wir für tiefere Steuern, weniger Regulierung und vor allem für die Umsetzung der Steuervorlage 17 im Kanton Zürich. Für einen erfolgreichen Forschungsplatz Zürich treiben wir weiterhin die Realisierung des Innovationsparks in Dübendorf voran.

#### Wir machen Wohlstand

Die FDP setzt sich für die persönliche Freiheit der Zürcherinnen und Zürcher ein. Neuen Verboten ste-

*Fortsetzung auf Seite 3*

FDP  
Die Liberalen

# Wir machen Wirtschaft.

Für mehr Innovation, tiefe Steuern und weniger Regulierungen.

wir-machen.ch

Wir machen Zürich.

# Inhalt

- 3–10 Zürcher Freisinn
- 11 Wahlen 2019 / Door2Door
- 12 CO<sub>2</sub>-Gesetz –  
Lösung statt Empörung!
- 13 Klimapolitik 2.0 als Chance
- 14 Elektromobilität /  
Emissionsreduktion
- 15 Gebäudesanierung /  
Abfallwirtschaft
- 16 Nachhaltigkeit  
in Grossunternehmen
- 17 FDP International
- 18/19 Delegiertenversammlung Biel
- 20 Mentoringprogramm der FDP
- 21 AHV-Steuervorlage /  
Waffenrichtlinie
- 22 Nein zur  
Zersiedelungs-Initiative
- 23 Agenda und Parolenspiegel

#### Kantonalteil:

Redaktion Zürcher Freisinn  
Urs Egger | Kreuzstrasse 82 | 8032 Zürich  
T: 043 233 77 00 | F: 043 343 99 68  
E: info@fdp-zh.ch | www.fdp-zh.ch

#### Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

#### Druck:

NZZ Media Services AG  
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



## Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Gemeinsam kommen wir weiter.

#### Liebe Freisinnige

Es macht mir grosse Freude, auf das Jahr 2018 zurückzublicken. Wir sind nämlich seit 2018 die Partei mit den meisten gewählten Personen in den Kantons- und Regierungsräten. Und mit Karin Keller-Sutter haben wir eine Bundesrätin mit einem enormen politischen Leistungsausweis. Liebe Karin, ich danke Dir von ganzem Herzen, dass Du Dich in den Dienst von allen Menschen in der Schweiz stellst, damit wir als Land und Gesellschaft gemeinsam weiterkommen. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft als Bundesrätin alles Gute, viel Kraft und vor allem viel Freude. Wir sind stolz darauf, dass Du unsere freisinnigen Werte im Bundesrat vertrittst!

Ich danke an dieser Stelle auch unserem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann noch einmal ganz herzlich für sein unermüdliches und langjähriges Engagement für die Schweiz. Lieber Hannes, ich wünsche Dir alles, alles Gute für die Zukunft!

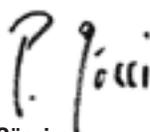
#### Treten Sie dem Team FDP bei!

Doch nicht nur der Rückblick macht Freude, sondern auch der Ausblick. Denn nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung ist es endlich da, das Wahljahr 2019. Unser Ziel für die Wahlen ist klar: Wir wollen gewinnen und die SP überholen. Damit wir das erreichen, gehen wir von Tür zu Tür und sprechen mit den Menschen darüber, was sie beschäftigt. Dazu haben wir das Team FDP gegründet. Helfen auch Sie mit, kommen Sie mit uns auf die Strasse – melden Sie sich gleich an.

#### Klimapolitik im Fokus

Auch in der Klimapolitik müssen wir endlich gemeinsam weiterkommen. Insbesondere nachdem das CO<sub>2</sub>-Gesetz von einer unheiligen Allianz der Linken und der SVP versenkt worden ist. Das Beispiel zeigt wieder einmal deutlich, dass es den Linken und der SVP wichtiger ist, an ihrer ideologischen Verbots- und Blockadepolitik festzuhalten, als sich konstruktiv für die Verbesserung der bewährten Instrumente der Klimapolitik im In- und Ausland einzusetzen. Das machen wir nicht mit! Die FDP will weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen, flexiblen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik, mit der die Schweiz vorwärtskommt. Dazu haben wir in unserer Zukunftsvision für die Schweiz ein klares Bekenntnis abgegeben. In diesem «Freisinn» zeigen wir Ihnen in verschiedenen Beiträgen auf, wie eine liberale, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik aussehen soll. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre!

#### Liberale Grüsse

  
Petra Gössi

PS: Am 10. Februar stimmen wir über die überflüssige und unnütze Zersiedelungs-Initiative ab. Sagen Sie Nein zu dieser zentralistischen Vorlage, denn sie lässt die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer vielfältigen Schweiz völlig ausser Acht.

Fortsetzung von Seite 1

hen wir deshalb kritisch gegenüber, und die Vorschriften- und Regulierungswut bekämpfen wir konsequent. Für uns steht die Selbstverantwortung im Vordergrund. Auch die Steuer- und Abgabelastung für private Haushalte muss gesenkt werden, was nur mit strikter Budgetdisziplin und einem ausgeglichenen kantonalen Finanzhaushalt möglich ist. Die Fraktion setzt sich jedes Jahr in der Budgetdebatte für diese Anliegen ein, durchaus mit Erfolg.

dass die Fachhochschulen sich auf die angewandte Forschung und die universitären Einrichtungen sich auf Grundlagenforschung fokussieren.

#### Wir machen Verkehr

Die verschiedenen Verkehrsmittel müssen untereinander abgestimmt und koordiniert werden. Bestehende Strassen und Schienen sollen dank neuer Technologien besser genutzt werden und dort, wo Engpässe bestehen, müssen diese behoben werden. Der Flughafen Zürich als internationaler Hub ist für

aber nicht weniger Wohn- und Lebensqualität – im Gegenteil. Aus diesem Grund sind Grünflächen zu erhalten und aufzuwerten.

#### Wir machen Gesundheit

Ambulante Behandlungen sind billiger als stationäre, weshalb unser Regierungsrat Thomas Heiniger ambulante Behandlungen konsequent gefördert hat. Diese Strategie werden wir weiterverfolgen. Gleichzeitig sollen die Patientinnen und Patienten mehr Selbstverantwortung übernehmen und bewusster Gesundheitsleistungen konsumieren. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Effizienz der ganzen Versorgungskette gesteigert wird, zum Beispiel durch Vermeidung von Doppelspurigkeiten und die konsequente Umsetzung der Strategie eHealth Schweiz im Kanton Zürich.

#### Wir machen Biodiversität

Damit wertvolle Landschaften und Flächen mit hoher Biodiversität erhalten werden können, muss innerhalb der Bauzonen dichter und höher gebaut werden können. Zusätzliche Grünflächen, Gewässer und Lebensräume sind im Kanton zu schützen bzw. ökologisch aufzuwerten. Im Zuge der Budgetdebatte hat die Fraktion deshalb einer Erhöhung der Mittel für Biodiversität und Renaturierung zugestimmt.



#### Wir machen Fachkräfte

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen Anreize für höhere Beschäftigungsquoten bei Frauen und älteren Arbeitnehmenden geschaffen werden. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Betriebsvorschriften für Krippen abgebaut werden sowie steuerliche Abzugsmöglichkeiten der Drittbetreuungskosten von Kindern eingeführt werden. Die FDP hat sich zudem für die Einführung von Tagesschulen im ganzen Kanton eingesetzt.

den Wirtschaftsstandort Zürich von grosser Bedeutung. Darum müssen wir dessen Leistungsfähigkeit auch in Zukunft sichern.

#### Wir machen Wohnen

Damit trotz Bevölkerungswachstum alle eine bezahlbare Wohnung finden, müssen wir mehr und schneller Wohnungen bauen. Speziell in den Städten muss der private Wohnungsbau gefördert werden und nicht noch mehr durch Regulierungen und Bürokratie erschwert werden. Dichter bauen heisst

Uns ist nicht egal, wie sich der Kanton Zürich entwickelt und wie die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft hier leben können. Deshalb packen wir an, mit klaren Zielen. Damit wir diese auch erreichen können, ist es wichtig, dass wir am 24. März so viele Stimmen wie möglich erhalten. Helfen auch Sie mit, Stimmberechtigte in Ihrem Umfeld – sei es bei der Arbeit, in der Familie oder im Freundeskreis – für die Wahl der Liste 3 zu mobilisieren. Besten Dank.

**Liberale Grüsse**  
**Hans-Jakob Boesch**

#### Wir machen Start-ups

Start-ups sind die Arbeitsplätze von morgen und stärken die Innovationskraft des Standorts Zürich. Dafür braucht es praxisorientierte Bildung, zum Beispiel durch praxisbezogene Fachhochschulen in Verbindung mit den Berufslehren. Zusätzlich wollen wir weiterhin attraktive Rahmenbedingungen für die internationale Spitzenforschung an Uni und ETH schaffen. Die Digitalisierung sehen wir nicht als Bedrohung, sondern als Chance für alle.



#### Wir machen Schule

Das duale Bildungssystem ist ein Erfolgsmodell. Das wollen wir auch in Zukunft erhalten und stärken. Die Berufsmatura zusammen mit der Berufslehre ist dabei als echte Alternative zur gymnasialen Matura zu positionieren, und die Maturitätsquote soll nicht weiter steigen. Wir fordern zudem,

# Wahlkampfauftakt FDP Kanton Zürich am 19. Januar 2019 in Zürich



# Zusammen für erfolgreiche Volkswirtschaft

Kanton Zürich

Damit Zürich und seine Volkswirtschaft Spitze bleibt, braucht es im Regierungsrat weiterhin eine bürgerliche Mehrheit. Auch aus diesem Grund schliessen sich die Kandidierenden von CVP, FDP und SVP erneut zu einem bürgerlichen Bündnis zusammen.

Zürich verdankt seinen Spitzenplatz einerseits seiner guten Lage im Herzen Europas und seiner guten Erreichbarkeit via Strasse, Schiene und Luftweg. Zürichs hohe Lebensqualität, welche bei der Mercer-Studie seit vielen Jahren Spitzenwerte erzielt, spielt ebenfalls eine Rolle. Ein zentraler Erfolgsfaktor unserer Wirtschaft ist jedoch das liberale Wirtschafts- und Arbeitsrecht. Dieses gilt es gegen Angriffe von links und rechts zu verteidigen. Wirtschaftsfeindliche kantonale Volksbegehren wie die «Entlastungs-Initiative» der JUSO, die abgelehnte «Bonzensteuer-Initiative» auf kantonaler Ebene, die «Konzernverantwortungs-Initiative» oder die «Selbstbestimmungs-Initiative» auf Stufe Bund sind abzulehnen, da sie die wirtschaftliche Freiheit und Stabilität drastisch einschränken würden.

Jedoch dürfen wir uns nicht nur in einen reinen Abwehrmechanismus begeben, sondern müssen aktiv unseren Wirtschaftsstandort fördern.

Der Zürcher Regierungsrat hat das erste Gesetz mit Ablaufdatum, eine sogenannte «Sunset-Legislation», in die Vernehmlassung geschickt. Im Hinblick auf die Digitalisierung kann die «Sunset Legislation» geeignet sein, um diese zukunftsweisende Sparte nicht vorzeitig unter einer überbordenden Gesetzeslast oder Verboten zu ersticken. Mit dem Innovationspark in Dübendorf unterstützt der Kanton Zürich zudem die Bemühungen, dass Zürich weiterhin einer der innovativsten Wirtschaftsstandorte der Welt bleiben wird.

## Vorwärtsmachen, um vorwärtszukommen

Eine hohe Lebensqualität und eine erfolgreiche Wirtschaft setzt auch eine gute Erreichbarkeit aus. Mit dem Flughafen Zürich, welcher rund 185 Destinationen in 66 Ländern anfliegt, einem ÖV-System, welches weitherum Anerkennung findet, und einem soliden Strassennetz stellen wir dies sicher. Unsere Verkehrsinfrastruktur stösst jedoch an seine Grenzen. Damit wir weiterhin auf Strasse und

Schiene vorwärtskommen, sind dringend notwendige Projekte voranzutreiben. Hier eine Auswahl von Projekten, die ich zusammen mit meinen Ämtern in den letzten Jahren vorangetrieben habe:

### Umfahrung Grüningen

Seit Jahren ist das Städtchen Grüningen vom Strassenverkehr belastet. Eine Lösung soll her, welche das historische Ortsbild schützt. Im vergangenen September nun konnte der Kanton Zürich eine Lösung präsentieren, die sowohl den Anliegen der Bevölkerung als auch des Heimatschutzes Rechnung trägt: ein Brückenbauwerk vom spanisch-schweizerischen Architekten Santiago Calatrava soll realisiert werden.

### Oberlandautobahn

Die Autobahnücke zwischen Uster und Hinwil soll endlich geschlossen werden. Ab 2020 wird die Oberlandautobahn Eigentum des Bundes. Somit wird er auch für die Lückenschliessung verantwortlich sein. Der Regierungsrat hat dieses Jahr einen Planungskredit gesprochen, damit der Kanton Zürich dem Bund 2020 ein möglichst ausgereiftes Projekt übergeben kann.

### Limmattalbahn

Staus und überlastete Busse sind im Limmattal bereits heute Realität. Die Region wird weiter boomen sowohl bezüglich Arbeitsplätzen als auch in Bezug auf Wohnungen. Somit wird auch das Mobilitätsbedürfnis weiter ansteigen. Die Limmattalbahn bringt Verbesserungen für den öV, für den MIV sowie den Langsamverkehr. Das Projekt stellt die zukünftige Mobilität im Limmattal sicher.

### Umfahrung Eglisau

Heute fahren unter der Woche rund 22000 Fahrzeuge und zahlreiche Lastwagen durch Eglisau. Gleichzeitig soll wie bei Grüningen das historische

Ortsbild bestmöglich geschützt werden. Der Zürcher Regierungsrat verfolgt daher zwei Brückenvarianten weiter: Eine Option direkt «im Schatten» der bestehenden Eisenbahnbrücke, zum andern tiefer gelegene Brücke unmittelbar westlich der Abwasserreinigungsanlage. Beide Optionen werden vertieft geprüft.



Carmen Walker Späh

### Rosengarten

Lärm und Stau: Die Zürcher Rosengartenstrasse ist landesweites Symbol einer verfehlten Verkehrspolitik. Nach einem fast 50-jährigen Dauerprovisorium liegt nun eine von Stadt und Kanton Zürich getragene Lösung vor, welche das Quartier beruhigen soll, gleichzeitig jedoch die wichtige Verkehrsachse für die Wirtschaft sichern soll: das Rosengartentram und das Rosengartentunnel.

### Bürgerliche Zusammenarbeit für einen starken Kanton Zürich

Der Auszug der oben aufgeführten Projekte aus meiner Direktion zeigen, dass wir in der zu Ende gehenden Legislatur wichtige Erfolge und Fortschritte feiern konnten – nicht zuletzt dank Unterstützung meiner bürgerlichen Regierungskollegin und -kollegen. Die Kandidatinnen und Kandidaten von CVP, FDP und SVP setzen sich ein für eine erfolgreiche Volkswirtschaft und ein Miteinander aller Verkehrsträger. Aus Überzeugung stehe ich daher hinter dem bürgerlichen Bündnis und empfehle Ihnen neben meiner Kollegin Silvia Steiner und meinem Kollegen Ernst Stocker auch die Neukandidierenden Natalie Rickli und Thomas Vogel herzlich zur Wahl. Denn wie es der Slogan unserer bürgerlichen Dachkampagne richtigerweise sagt: Zürich geht es gut. Wir arbeiten weiter daran.

**Carmen Walker Späh, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich**



# Zürich geht es gut

## Bürgerliches Bündnis

Vor vier Jahren trat das bürgerliche Fünferteam für den Regierungsrat unter dem Titel «Top 5» an. Die Allianz, die sich am 24. März zur Wahl in den Regierungsrat stellt, nennt sich schlicht und verständlich «Bürgerliches Bündnis für den Regierungsrat». Das Ziel ist das gleiche: Dem Regierungsrat sollen weiterhin fünf bürgerliche Mitglieder angehören.

Dem Kanton Zürich geht es sehr gut. Das aktuelle Fünferteam mit Thomas Heiniger und Markus Kägi hat gute Arbeit geleistet. Der Regierungsrat hat die Rahmenbedingungen geschaffen, die den wirtschaftlichen Erfolg des Kantons möglich machten. Er darf für sich in Anspruch nehmen, dem Wohlergehen des Kantons Zürich und seiner gesamten Bevölkerung Sorge getragen zu haben. Die Messlatte für das neue Team ist hoch. Und das ist gut so.

### Erfolg nicht verwalten, sondern weiter erarbeiten

Und nun bin ich also seit dem 4. Oktober 2018 fast pausenlos unterwegs. Die Abende und Wochenenden bis zum 24. März sind praktisch ausgebucht. Jazzabende und Kinobesuche sind gestrichen. Podien, Strassenaktionen, Interviews und Stellungnahmen (zu allen möglichen und unmöglichen Themen) sind angesagt. Die Abende sind länger, die Schlafzeiten knapper. Kürzlich meinte eine FDP-Nationalrätin lächelnd, nach einem schrägen Blick

in meine Agenda: «Nun weiss ich noch mehr, warum ich nie für den Regierungsrat kandidieren wollte.» Aber ich beklage mich nicht. Im Gegenteil. Das ist Wahlkampf. Und ich bin hochmotiviert.

Wie glücklich bin ich, Carmen neben mir zu wissen. Sie hat den intensiven Parcours bereits vor vier Jahren an der Seite von Thomas Heiniger absol-

viert. Ich profitiere von ihrer gelassen ausgestrahlten Souveränität der «Bisherigen». Sie, Silvia Steiner und Ernst Stocker, können, weil es dem Kanton so gut geht, zu Recht auf Erfolge hinweisen. Aber sie verlassen sich bewusst nicht auf einen «Bisherigen-Bonus». Erreichtes muss weiterentwickelt, darf nicht verwaltet werden. Deshalb meint das Bürgerliche Bündnis: «Zürich geht es gut. Wir arbeiten weiter daran.»

Als «Frischling» hat man es gegenüber den Bisherigen etwas schwerer. Diese werden nicht an jeder Ecke gefragt: «Welche Direktion hätten Sie denn gern?» Diese haben schon eine. Ich hingegen, ganz gemäss schweizerischer Usanz, verweise demütig auf das, was am Schluss der Verteilung noch bliebe. Und so muss ich dann nachlesen, wie ein Journalist schrieb, ich wolle den Job von Mario Fehr, nur weil ich sagte, man müsse angesichts des dichtereren Zusammenlebens und zunehmender neuer Kriminalitätsformen wie Cybercrime über eine Erhöhung der Polizeibestände in Zukunft reden. Plötzlich werden kleinste Äusserungen auf die Goldwaage gelegt und (fehl-)interpretiert.

### Kein monolithischer Block

Allen Beteiligten ist bewusst, dass das Bürgerliche Bündnis kein monolithischer Block ist. Eine Studie der Uni Zürich belegt aber immerhin, dass die FDP im Zürcher Kantonsrat bei politischen Entscheidungen mit der CVP über eine Übereinstimmung von 85 Prozent verfügt und mit der SVP über eine solche von 74 Prozent. Es gibt also eine von der jeweiligen Sache herbeigeführte Einigkeit, weil man «gleich tickt», insbesondere in zentral bedeutsamen Themen wie dem Finanzhaushalt, der Steuerbelastung, den Infrastrukturen und der De-regulierung. Auf der anderen Seite gibt es unter-

*Fortsetzung auf Seite 7*



# Öffnung statt Abschottung

## Zürcher Taxigesetz

Mit der Motion «Kantonale Regulierung für liberalisierten Taximarkt» (KR-Nr. 113/2013) wurde im Jahr 2013 die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage verlangt, welche das Taxiwesen in minimalster Form auf kantonaler Stufe regelt. Im Jahr 2016 verabschiedete der Regierungsrat eine Vorlage zuhänden des Kantonsrats mit dem Ziel, die Gegebenheiten von Stadt und Land zu berücksichtigen und Raum für kommunale Ausführungsbestimmungen zu lassen. Das Gesetz ist auf 15 Jahre beschränkt und betrifft lediglich Personenwagen, die als Taxis gekennzeichnet sind.

In dieser Vorlage wurden einige wenige Eckpunkte aufgenommen:

- Einheitlicher kantonsweiter Marktzugang von ortsfremden Taxis
- Anerkennung von Taxibewilligungen
- Mindeststandards für Taxibewilligungen (z.B. Sprachkenntnisse)

Die vorberatende Kantonsratskommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hat die Vorlage des Regierungsrates aufgenommen und beraten. Eine Allianz aus SVP und SP hat sich, so scheint es, zum Ziel gesetzt, diesen Gesetzesentwurf innovationsfeindlich und protektionistisch auszugestalten. So zielten die Mehrheitsanträge aus der Kommission in die folgende Richtung:

- Limousinenservices wie Uber werden ebenfalls diesem Gesetz unterstellt
- Kantonales Taxiregister wird aufgebaut
- Plakettenpflicht für Limousinen

Eine gut gemeinte Motion mit einer zielführenden Realisierung durch den Regierungsrat wurde so durch die SVP und SP im Rahmen einer unheiligen Allianz der Bewahrer vernichtet. Ich bin klar der Meinung, dass dieses Gesetz allen schadet und niemandem hilft.

### Erhöhung der Regulierung

Das Zürcher Taxigesetz erhöht die Bürokratie und Regulierung für alle Marktteilnehmer von Taxis bis zu Limousinenservices. Dem ursprünglichen Willen der Motion, eine kantonale Lösung mit einer Mindestregulierung des Taxiwesens, wird nicht mehr Rechnung getragen. Es wurde eine Anpassung für alle nach unten, zum Schlechteren, erreicht.

### Benachteiligung von lokalem Gewerbe

Die hier geschaffenen Auflagen eines kantonalen Registers, einer Plakettenpflicht sowie einer Auskunftspflicht zu den einzelnen Fahrten gegenüber dem Kanton, betreffen lediglich das Zürcher Taxigewerbe. Ausserkantonale Anbieter, sowohl Taxis wie auch Fahrer unter dem Fahrdienstvermittler

Uber, haben keine solchen Auflagen. Dies stellt einen Wettbewerbsnachteil für das gesamte Zürcher Personenbeförderungsgewerbe dar.

### Innovationsfeindlich

Das Taxigewerbe hat sich in den vergangenen Jahren nicht gewandelt oder den Marktbedürfnissen angepasst. Innovative Lösungen blieben fern und die Preise konstant hoch. In dieser Zeit traten neue Marktanbieter wie Uber ein und veränderten den Markt. Transparenz für die Kunden wurde geschaffen, und die Preise sind gesunken. Weitere Marktteilnehmer stehen vor dem Eintritt (Lyft, YourTaxi etc.). Neue innovative Möglichkeiten der geteilten Fahrten «ridesharing» würden die Strassen massiv entlasten und für den Konsumenten zu erhöhter Attraktivität führen. Eine weitere Innovation wird mit dem Gesetz faktisch verunmöglicht, da die Hürden für neue Marktteilnehmer zu hoch sind.

### Doppelregulierung

Die Angebote von Uber und anderen Fahrdienstvermittlern sind auf eidgenössischer Ebene geregelt. Es besteht kein Handlungsbedarf, diese auf kantonaler Stufe erneut zu regeln.

### Mobilität wird eingeschränkt

Durch eine Unterstellung von Fahrdienstvermittlern unter das Taxigesetz wird die Mobilität im Kanton Zürich eingeschränkt. Kosteneffiziente Lösungen wie UberPop wurden bereits verdrängt. Weitere werden folgen. Zum Beispiel für Nachtschwärmer ist die Beförderung via Taxi oder Limousine sicher, schnell und effizient. Sollte sich der durchschnittliche Service der Taxis, zu hohen Preisen, weiterhin halten, wird die Mobilität im öffentlichen Raum weiter eingeschränkt.

**Sandro Lienhart**

Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

Fortsetzung von Seite 6

schiedliche Sichtweisen. Und auch das ist gut so. Es schadet nicht, wenn sie im Wahlkampf sichtbar werden.

Schon während der Roadshow, die meiner Nomination vom 4. Oktober vorausging, aber auch an der Delegiertenversammlung selbst, erklärte ich, dass aus meiner Sicht in den kommenden Jahren zwei Themen Bedeutung haben werden: der prognostizierte Bevölkerungszuwachs im Kanton Zürich und das Verhältnis zwischen Stadt und Land. Es ist sicher Zufall, aber seit ich mich öffentlich dazu äussere, sind zahlreiche Medienartikel über Auswirkungen und Herausforderungen des massiven Wachstums erschienen. Und in prak-

tisch allen Begegnungen mit Menschen im Kanton werde ich auf das Thema angesprochen. Es beschäftigt die Leute.

Als Freisinniger sehe ich die Entwicklung nicht durch eine ideologische Brille. Zuwachs heisst nicht Zuwanderung! Die vom Kanton evaluierte Wachstumsprognose ist nun mal da. Sie wird (momentan) nicht in Zweifel gezogen. In der Direktion von Regierungsrat Markus Kägi wurden Machbarkeitsstudien entwickelt. Aus seiner Direktion stammen auch die einschlägigen Vorschläge, wo im Kanton das Wachstum «geschehen» soll: zu 20 Prozent in den ländlichen und zu 80 Prozent in den urbanen Gebieten. Diesen richtplanerischen Vorstellungen haben CVP, FDP und SVP im Kantonsrat zugestimmt.

Last but not least. Wir alle im Fünferteam verfügen über eine Visitenkarte mit einem identischen Text: «Als Bürgerliche werden wir im Regierungsrat alles tun, damit es Zürich weiterhin gut geht.» Es ist eine Absichtserklärung für die künftige Zusammenarbeit. Den Willen, zusammenzuwirken, ohne Aufgabe unterschiedlicher Sichtweisen – ich erlebe ihn auf sehr angenehme Weise. So wie am Sponsorenbrunch von Natalie Rickli, an dem ich ihr Gast sein durfte. Oder, für mich als Premiere, an der Albigüetlitagung. Ich bin sicher: So wird ein gutes Fundament gelegt für eine gute zukünftige Zusammenarbeit in der Zürcher Regierung.

**Thomas Vogel**

Regierungratskandidat und Fraktionspräsident

# Legislaturbilanz 2015–2019

## Aus der Fraktion

Der Start in die neue Legislatur 2015–2019 begann mit einer auf 31 Mitglieder angewachsenen Fraktion. Wegen Rücktritten langjähriger Fraktionskolleginnen und Kollegen waren rund die Hälfte neu in Rat und Fraktion. Das war sehr erfreulich, aber auch herausfordernd. Es galt, die neuen Mitglieder einzubinden, um dank der schon in der vorherigen Legislatur erreichten Geschlossenheit im Auftritt noch mehr Schlagkraft zu entwickeln. Das ist in vollem Umfang gelungen. Einmal mehr war die FDP Fraktion nicht nur die geschlossenste in der zu Ende gehenden Legislatur, sondern auch diejenige mit den meisten Abstimmungserfolgen im Rat.

Sie hat es während der ganzen Legislatur geschafft, wesentlichen Geschäften zum Erfolg zu verhelfen und Fehlentwicklungen aus liberaler Sicht die Stirn zu bieten. In verschiedenen Vorlagen galt es, dem Privateigentum den verfassungsmässigen Schutz zu erhalten. So im Wassergesetz über die Aufnahme entsprechender Bestimmungen, in verschiedenen Teilrevisionen des kantonalen Richtplans oder im Strassengesetz über einen erfolgreichen Vorstoss aus unseren Reihen.

### Infrastrukturausbau ist Grundlage erfolgreicher Wirtschaftspolitik

Infrastrukturprojekte erstrecken sich naturgemäss über mehrere Jahre und damit auch über mehrere Legislaturen. Die FDP Fraktion steht konsequent hinter den Projekten zum Ausbau des öffentlichen und des privaten Verkehrs, denn Mobilität ist ein zentraler Pfeiler unserer Volkswirtschaft. Dank den Vorstössen aus Kreisen der FDP und der Arbeit unserer Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh ist es gelungen, den Brüttener Tunnel und den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen als erste Priorität im Bahnausbau 2030–2035 zu verankern.

Die Realisierung des Rosengartentrams und des Rosengartentunnels in der Stadt Zürich kommt voran, ebenso der Bau der Oberland-Autobahn. Dass die 5. Landessprache in der Schweiz die Einsprache ist, erleben wir leider auch beim Generationenprojekt «Innovationspark Dübendorf». Auf dem Tisch des Kantonsrates liegt eine Kreditvorlage zu dessen Erschliessung, welche eine wesentliche Grundlage für die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten nationaler und internationaler In-

dustrieunternehmen in Zusammenarbeit mit unseren exzellenten Hochschulen darstellt.

### Liberaler Umweltpolitik

Das Fraktionsseminar 2018 stand ganz im Zeichen liberaler Umweltpolitik. Damit schutzwürdige Interessen langfristig gesichert werden können, ist der Blick für das Ganze notwendig. Es braucht Ausgewogenheit zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten. Bei der Neukonzipierung des Wassergesetzes stand dies im Zentrum der Bemühungen unserer Kommissionsmitglieder und unserer Fraktion.

Umweltschutz beginnt in der unmittelbaren Umgebung. Wir haben deshalb einerseits im Rahmen des Budgets für 2019 jährliche zusätzliche vier Millionen Franken zur Förderung der Biodiversität gesprochen. Andererseits entsprechende Vorstösse eingereicht – weitere sind in Planung.

### Solide Finanzpolitik

Die erste Hälfte der Legislatur war geprägt von der Leistungsüberprüfung Lü16, welche die FDP Fraktion immer wieder gefordert hat. Ihre Spuren lassen sich auch heute noch in der finanziellen Entwicklung der Kantonsfinanzen nachweisen. So dürfen wir feststellen, dass eine Verlangsamung des Ausgabenwachstums stattgefunden hat. Ebenfalls positiv wertet die FDP, dass der Beschäftigungsumfang

in der Kernverwaltung in der Summe erneut relativ stabil ist. Dennoch wächst Ausgabenseite schneller als die Einnahmenseite, und die Verschuldung nimmt stark zu. Dadurch entsteht für den Finanzhaushalt ein strukturelles Problem. Budgetdisziplin war, ist und bleibt somit nötig. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der SV17, denn die Standortattraktivität des Kantons muss auch mit der Steuervorlage gewahrt bleiben.

Im Budget 2019 ist aus Sicht der FDP besonders erfreulich, dass die Gesundheitskosten im Bereich der stationären Versorgung stabilisiert werden konnten und dank unseres umsichtigen Gesundheitsdirektors Thomas Heiniger die Steigerung der Prämienbelastung im interkantonalen Vergleich gering ausfällt. Hier scheint sein Konzept «ambulant vor stationär» Früchte zu tragen.

### Fazit

Mit Blick auf unser Schwerpunktprogramm dürfen wir feststellen, dass sich die Fraktion mit gegen 200 Vorstössen in der Stärkung des Werk- und Finanzplatzes und der Standortattraktivität des Kantons, dem Einsatz für ein wirksames und bezahlbares Gesundheits- und Sozialsystem, der optimierten Nutzung der Verkehrsinfrastruktur und dem nutzenorientierten Ausbau einige Erfolge verzeichnen konnte. Als Wermutstropfen fällt in die überwiegend positive Bilanz, dass Governancefragen wie die Verselbständigung der Spitäler leider, wenn auch knapp, scheiterten. Auch bei der Ausarbeitung der verschiedenen Gesetzesvorlagen hat die Fraktion Konsequenz und Konstanz an den Tag gelegt. Auf diesem Weg MACHEN WIR weiter ZÜRICH.

**Peter Vollenweider**  
Kantonsrat und Vizefraktionspräsident

**Thomas Vogel**  
Kantonsrat und Fraktionspräsident



Peter Vollenweider



Thomas Vogel

FDP Stadt Zürich

## Door-2-Door «D2D» ist gestartet

Kantonsratskandidierende und weitere Parteimitglieder konnten anlässlich ihrer ersten Besuche in der Stadt Zürich feststellen, dass viele Leute es schätzen, nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Im persönlichen Gespräch wurden viele Vorurteile abgebaut.

Zwei Teams aus den Kreisen 2 und 7/8 berichten hier stellvertretend für viele andere über ihre ersten Eindrücke bei der D2D-Kampagne. Die kalte, dunkle Jahreszeit und das mulmige Gefühl, wie diese Besuche wohl bei der Bevölkerung ankommen, liessen die Motivation trotz Liebe zur FDP anfangs in Grenzen halten. Beide Teams stellten

aber schnell fest, dass die Erfahrungen mehrheitlich positiv waren. Wirklich unangenehme Reaktionen erfuhren an diesem ersten Abend beide nicht. Im Gegenteil: Von Einladung zum Tee bis zum schon im Treppenhaus wohlriechenden Nachtessen mit andern Gästen war alles dabei. «Einem jungen indisch-stämmigen Softwareingenieur gefiel unse-

re Aktion besonders gut. Wir seien die Ersten, die so was machen!», berichtet Désirée Schreyer, Vizepräsidentin der FDP 2 und Kantonsratskandidatin. Natürlich gab es auch nur Zwei-Sekunden-Interviews mit Türzuschlagen, aber diese waren eher selten. Und viele waren gar nicht zu Hause.

Die Erfahrungen zeigen, dass nicht alle Menschen sich ununterbrochen überlegen, wie man die AHV sanieren oder dies und das ins Lot bringen soll. Fernsehen schauen aber viele: «Der Pflüger von der FDP war übrigens gut im Tele Züri, der hat es dem Grünen mal gesagt.» Eine weitere Erkenntnis: Viele Leute interessieren sich überhaupt nicht für Politik. Aber auch mit diesen gab es im Gegensatz zu Flyer- und Standaktionen wirklich einen Austausch.

Désirée Schreyer und Christoph Luchsinger, auch Kantonsratskandidat aus dem Kreis 2, schafften am ersten Abend etwas mehr als zehn Haushalte in zwei Häusern. «Das Schreiben dauert einfach, und viele haben die von uns angekündigten zwei Minuten Interview-Zeit voll ausgenutzt», so Luchsinger. Auch für Kantonsrätin Bettina Balmer und Gemeinderat Alexander Brunner (Kreis 7/8) verliefen die zwei Stunden D2D im Nu. «Die Aktion kommt bei der Bevölkerung gut an, und es können viele potenzielle FDP Wählende mobilisiert werden», sind die beiden überzeugt. Sie werden wieder von «Door 2 Door» gehen.



Patrik Brunner und Bettina Balmer.



Christoph Luchsinger und Désirée Schreyer.

**Patrik Brunner**  
Wahlkampfleiter und Kantonsratskandidat

FDP Stadt Winterthur

## 2019: Schlüsseljahr für die FDP Winterthur

2019 wird ein wichtiges Jahr für die FDP Winterthur. Nicht nur wollen Stadt- und Bezirkspartei ihre Sitzzahl im Kantonsrat ausbauen, sondern der nördliche Teil des Kantons muss nach fünfjähriger Pause wieder im Nationalrat vertreten sein.

Bei den Kantonsratswahlen setzt die Stadtpartei auf vier Kernthemen.

**Arbeitsplätze:** Als Bildungs- und Gewerbestadt ist Winterthur Nährboden für Innovation und neue Arbeitsplätze. Die Unternehmen sind angewiesen auf wenig Regulierung, tiefe Steuern und gute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**Weitsicht:** Stadt und Kanton dürfen nur ausgeben, was auch eingenommen wird. Die Kantonsregierung hat eine hohe Ausgabendisziplin erreicht und soll diese auch künftig pflegen. In Winterthur drücken die Sozialkosten. Diese müssen in den Griff bekommen werden.

**Vorankommen:** Wir setzen uns für ein gleichwertiges Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer

ein und wollen Wahlfreiheit bei den Verkehrsmitteln. Weder für den öffentlichen Verkehr (ÖV) noch für den motorisierten Individualverkehr (MIV) darf der Raum künstlich verknappt und der Verkehrsfluss behindert werden. Die Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze muss jetzt verwirklicht werden.

**Vielfalt:** Winterthur ist die Stadt der Kultur und der Grünräume. Unsere Museen für bildende Kunst, Fotografie und Technik sind Symbole für eine attraktive Kulturstadt. Das gilt auch für das breite Spektrum unseres Musik- und Theaterschaffens. Die Kulturfinanzierung muss auf eine tragfähige Basis gestellt werden.

### 125 Jahre liberale Politik

2019 ist aber nicht nur wegen der bevorstehenden Wahlen ein Schlüsseljahr. Die FDP Winterthur feiert 125 Jahre liberale Politik. Was 1894 als Freisinniger Gemeindeverein begonnen hat, hat sich in den letzten 125 Jahren kontinuierlich weiterentwi-

ckelt. Aus dem Gemeindeverein wurde die Freisinnige Partei, die sich 1972 mit den Demokraten zur FDP – Freisinnig Demokratische Partei Winterthur – zusammenschloss. 125 Jahre Gestaltungswille verpflichtet. Die FDP hat stets Verantwortung über-



nommen und wird sich auch in Zukunft zum Wohl der Stadt Winterthur und des Kantons Zürich engagieren.

[www.fdp-winterthur.ch](http://www.fdp-winterthur.ch)

**Dieter Kläy**, Präsident FDP Winterthur

### FDP Bezirk Horgen

## Vierter Sitz als erklärtes Ziel

Der Bezirk Horgen ist eine traditionelle Hochburg des Freisinns, was sich neben einem überdurchschnittlichen Wähleranteil an der starken Verankerung in den Gemeindeexekutiven zeigt.

Seit den Gemeindewahlen 2018 stellt die FDP rund 35 Prozent der Gemeinde- bzw. Stadträte. Bei den kantonalen Wahlen 2015 erreichte unsere Partei nach einem Zuwachs von 4,9 Prozentpunkten einen Wähleranteil von 21,7 Prozent und drei von 15 Kantonsratsmandaten.

Auch 2019 möchte die FDP Bezirk Horgen weiterwachsen. Ihr erklärtes Ziel ist es, einen vierten Kantonsratsitz zu erobern. Die Ausgangslage hierfür ist hervorragend: Einerseits verpasste die FDP im Bezirk Horgen bei den letzten Kantonsratswahlen 2015 den vierten Sitz nur knapp (2007 reichten sogar bereits 21,3 Prozent für vier Sitze). Andererseits verliefen die Gemeindewahlen 2018 im Bezirk Horgen und im ganzen Kanton Zürich bekanntlich erfolgreich, was Kandidaten und Parteimitglieder gleichermaßen motiviert.

Gleichzeitig umfasst die FDP-Liste 15 starke und in ihren Gemeinden bestens vernetzte Persönlichkeiten. Angeführt wird das Kandidatenfeld von den bisherigen Kantonsräten Astrid Furrer (Wädenswil), Hans-Peter Brunner (Horgen) und Fabian Müller (Rüschlikon). Auf den Plätzen vier bis sechs folgen der Präsident der FDP Bezirk Horgen und Adliswiler Gemeinderat Mario Senn, Gemeinderat Hansruedi Kölliker aus Thalwil sowie Reto Grau, Gemeindepräsident von Langnau am Albis.

Neben klassischen Werbemassnahmen legt die Bezirkspartei mit Wahlkampfleiter Thomas Henauer ein Schwergewicht auf den digitalen Wahlkampf, für den rund 50 Prozent des Budgets reserviert sind. Über 70 Parteimitglieder haben sich zudem bereit erklärt, im Rahmen der «Door-to-door-Kampagne» möglichst viele Wähler zielgerichtet anzusprechen

und zu mobilisieren. Inhaltlich fokussiert sich die Wahlkampagne auf die fünf Themengebiete Ausbildungsstandort Bezirk Horgen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Wohnraum (für wirkliche



Mario Senn

Lösungen statt Privilegien für wenige!), ein leistungsfähiges Strassen- und ÖV-Netz sowie tiefe Steuern und Abgaben.

**Mario Senn, Präsident FDP Bezirk Horgen, Gemeinderat Adliswil**

### FDP Bezirk Hinwil

## Kantonsrats-Wahlkampf im Bezirk Hinwil

Unser Ziel ist ein zweiter Sitz im Kantonsrat. Das erfordert mehr Listenstimmen, was primär mit der Aktivierung aller Mitglieder per Mail erfolgen wird, welche aufgefordert werden, je fünf Bekannte, Verwandte und Freunde zu überzeugen, die Liste 3 einzulegen.

Der Wahlkampf begann mit der Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten für die Kantonsratsliste, die attraktiv zusammengestellt werden musste. Beide Geschlechter mussten etwa gleich vertreten sein, das Unternehmertum und leitende Angestellte sollten die Liste dominieren.

Die FDP muss für die Wählerinnen und Wähler sichtbar werden. Auf der einen Seite dienten dazu die Gemeindewahlen. Auf der anderen Seite beschlossen wir, jährlich mindestens eine öffentliche Veranstaltung in einem Unternehmen durchzuführen. 2018 besuchten wir die KEZO (Kehrichtverbrennung Zürcher Oberland). Eingeladen wurde mit Zeitungsinseraten und PR-Artikeln. Bereits bekannte Kandidatinnen und Kandidaten waren anwesend und wurden kurz vorgestellt. 2019 werden wir die BELIMO in Hinwil besuchen.

Ende März 2018 hatten wir die Zusage von 12 Personen, welche sich für eine Wahl in den Kantonsrat zur Verfügung stellten. Diese mussten

einen Fragebogen ausfüllen, der als Grundlage für die Kandidatengespräche diente. Eine Wahlkommission führte mit allen Kandidierenden Einzelgespräche durch und stellte bis Ende Juni eine Wahlliste auf. Darauf entschlossen wir uns, für die Inserate und Plakate zwei Spitzenkandidatengruppen zu bilden, die auch separat beworben werden. Der ersten Gruppe gehören der bisherige KR Jörg Kündig und Stephan Weber, Unternehmer und Gemeinderat, an. In der zweiten Gruppe werden Daniela Schoch, Schulleiterin, Reto Steinmann, Geschäftsführer, und Sandra Ellicasis, Unternehmerin, beworben.

Der Wahlkampfleiter plante den Wahlkampf mit allen Feinheiten. Dabei wurden viele Vorschläge und Unterlagen der Kantonalpartei verwendet. Es wurden vier Work-Shops durchgeführt, an welchen die gemeinsamen Themenziele des Wahlkampfes festgelegt wurden. Als Give-away einigte man sich auf einen Plaster mit sechs Traubenzuckern, die bei

allen Aktionen verteilt werden. Dieser Plaster wird mehrmals in die Hände genommen und erinnert an die Liste 3.

In zwei Roadshows werden sieben Gemeinden besucht. Weitere Standaktionen und Give-away-



Markus Grunder

Aktionen an Bahnhöfen sind vorgesehen. Ergänzt werden diese Aktionen mit Inseraten in Lokalzeitungen und lokalen Informationsblättern sowie individuelle Kandidatenplakate an privaten Standorten.

**Markus Grunder**  
Bezirksparteipräsident Hinwil



Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Die FDP setzt dafür 2019 auch auf den Door2Door-Wahlkampf. Wir bringen Ihnen das «Türchen» näher.

Gute Politik entsteht selten im stillen Kämmerlein, sondern indem wir den Fuss vor die eigene Tür setzen, zuhören und die Sorgen und Bedürfnisse aller Menschen aufnehmen. Diesen Gedanken setzt die FDP 2019 um und schlägt mit dem Door2Door-Wahlkampf neue Wege im Campaigning ein. Zwar haben Haustürbesuche beim Freisinn schon eine lange Tradition: Viele Kandidatinnen und Kandidaten klopfen seit Jahrzehnten erfolgreich an die Türen. Allerdings werden die beiden Massnahmen erstmals landesweit und in Kombination mit Datenanalyse eingesetzt. Zudem wollen wir nicht nur vereinzelt an die Türen gehen, sondern als Bewegung #teamFDP kollektiv den Dialog mit der Wählerschaft aufbauen.

**Warum Door2Door?**

Der Haustür-Wahlkampf ist mutig – Kandidatinnen und Unterstützer gehen an die Türen der Wählerinnen und Wähler und suchen den Dialog. Dass nicht alle an einem Gespräch interessiert sind, gehört dazu. Wir Kandidierenden können der Wählerschaft so aber zeigen, wie wichtig es uns ist, die

Menschen hinter diesen Türen zu verstehen und sich ihnen zu stellen. Wir FDP-Kandidierenden zeigen so unser Engagement und die gelebte Zusammengehörigkeit in der FDP. Damit die Öffentlichkeit das auch wahrnimmt, ist es wichtig, auf den sozialen (Hashtag #teamFDP) und in den klassischen Medien präsent zu sein.

**Was erhofft sich die FDP davon?**

Die Wählerinnen und Wähler sollen die FDP und ihre Kandidierenden persönlich kennen lernen können. Nach dem grossen Hype um Social-Media-Wahlkämpfe sind wir überzeugt, dass persönliche Nähe wieder mehr Wert hat. Und für uns Politikerinnen und Politiker ist es eine super Chance, ein direktes, ungefiltertes Feedback aus der Bevölkerung zu erhalten. Wie gut Tür-zu-Tür-Wahlkampf in der Schweiz funktioniert, wird sich erst noch zeigen. Im Ausland ist das Tür-zu-Tür-Campaigning aber vielerorts bereits ein bewährtes Instrument.

**Wo wird Door2Door 2019 eingesetzt?**

Im Vorfeld der nationalen Wahlen wird das Tür-zu-

Tür-Campaigning in Rahmen von Pilotversuchen bei kantonalen Wahlen in den Kantonen Zürich, Luzern und Basel-Landschaft sowie St.Gallen und Tessin getestet. Fallen die Erfahrungen vielversprechend aus, soll die Methode im Hinblick auf die nationalen Wahlen landesweit zum Einsatz kommen.



Impressionen von Door2Door-Workshops in Zürich...



und Luzern – das Team FDP ist schon hochmotiviert!

**Wer kann mitmachen?**

Alle Freiwilligen, die beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf mitmachen möchten, können sich über die Website <https://www.teamfdp.ch/> beim Generalsekretariat dafür anmelden. Dieses bietet Schulungen an, an denen man von Kampagnenexperten alles erfährt, was man als erfolgreicher Door2Door-Wahlkämpfer wissen muss – geübt werden etwa die Begegnung an der Tür und das Bedienen der dazugehörigen App. Informiert wird aber auch über den korrekten Umgang mit persönlichen Daten – ein urliberales Anliegen. Bei der Ortspartei wird dann das Kampagnenmaterial bezogen, und es werden die «Canvasser»-Teams gebildet, die dann gemeinsam losziehen und raus auf die Strasse gehen.



Werden Sie Teil des #teamFDP!  
Scannen Sie den Code mit Ihrem QR-Code-Reader auf dem Handy und Sie gelangen zur Website.



# CO<sub>2</sub>-Gesetz: Lösung statt Empörung

Wie die CO<sub>2</sub>-Debatte wirklich verlief

Was der Nationalrat beim CO<sub>2</sub>-Gesetz wirklich beschlossen hat: eine pragmatische Analyse der beschlossenen Ziele und Massnahmen mit Ausblick auf die weiteren Beratungen im Ständerat.

Die emotionalen Reaktionen nach der Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes im Nationalrat haben dazu geführt, dass der Blick auf das Wesentliche verloren ging. Nämlich, dass die vom Nationalrat beschlossenen Massnahmen im neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz klar wirkungsstärker gewesen wären als jene im aktuellen CO<sub>2</sub>-Gesetz. Das beweist die pragmatische Analyse im folgenden Abschnitt. Der emotionale Streit über das fehlende, übergreifende Inlandziel ist völlig übertrieben und zeigt, dass die Linken im Wahlkampfmodus stecken: #Klimawahl. Klimanationalismus statt Gesamtsicht. Problembewirtschaftung statt Lösungsfindung – schade. Rot-Grün hat im Seitenwagen der SVP das CO<sub>2</sub>-Gesetz versenkt und nicht die FDP. Das ist Fakt.

## Beschluss des Nationalrates

Der FDP wurde im Nachgang der intensiven Debatte vorgeworfen, man habe das CO<sub>2</sub>-Gesetz so stark

verwässert, dass die Ablehnung des Geschäftes mitverschuldet war. Dabei ging bewusst vergessen, dass die Gesetzesvorlage nach der Beratung im Nationalrat diverse Beschlüsse beinhaltet, die nicht in unserem Sinne ausgefallen sind. So wurde am Schluss z.B. gegen unseren Willen die CO<sub>2</sub>-Abgabe fast verdoppelt. Trotzdem sind wir in der Gesamtabstimmung entgegengekommen und haben zugestimmt. Zur Übersicht wird in der blauen Box eine Auswahl von zehn Massnahmen aufgelistet, die nun aufgrund der Ablehnung nicht in Kraft treten.

## Exkurs: Flugticketabgabe

Eine Flugticketabgabe bewirkt als nationale Insellösung nichts, wie internationale Beispiele zeigen: Die Flughäfen London Luton, London Gatwick, Wien, Frankfurt, München, Kopenhagen usw. steigerten den Flugverkehr in den letzten Jahren trotz Flugticketabgabe massiv. Oder es kam einfach zu

Verlagerungen zu kostengünstigeren Flughäfen. Klimapolitisch ist die Wirkung darum gleich null. Der Luftverkehr ist global anzugehen, was mit dem internationalen Klimainstrument CORSIA bereits aufgegleist ist. Ein koordiniertes Vorgehen ist besser als Hauruckübungen im CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Christian Wasserfallen

## Wie weiter mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz?

Es bleiben vor allem drei grosse Streitpunkte, die allesamt sachlich zu diskutieren sind: das Inland-/Auslandziel, die Höhe der CO<sub>2</sub>-Abgabe und die Flugticketabgabe. Wir werden bei allen Themen konstruktiv mitarbeiten, damit das Pariser Klimaabkommen clever umgesetzt werden kann.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE

## Durch unheilige Allianz versenkte Massnahmen

### 8 Inlandmassnahmen

**Nr. 1:** Weiterführung der tiefen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte nach 2020 für Neuwagen (Personenwagen: 95 g CO<sub>2</sub>/km).

**Nr. 2:** Inlandziel für Gebäude (–50% bis 2030) und Ausbau der individuellen Zielvereinbarungen für Gebäudeeigentümer, wenn in die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses investiert wird.

**Nr. 3:** Ausweitung der nachweislich funktionierenden Zielvereinbarungen auf alle Unternehmen, damit sie sich nach erfolgten Investitionen in den Klimaschutz von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen können (vgl. Grafik).

**Nr. 4:** Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe von maximal 120 Franken/Tonne CO<sub>2</sub> auf 210 Franken/Tonne CO<sub>2</sub>.

**Nr. 5:** Verlängerung des Gebäudesubventions-

programmes des Bundes bis 2030 mit 450 Mio. Franken pro Jahr.

**Nr. 6:** Erhöhung der Treibstoffkompensation im Inland (mind. 20% bis max. 90%).

**Nr. 7:** Maximale Treibstoffpreiserhöhung von 8 Rappen pro Liter für Kompensationsmassnahmen (statt 5 Rp. wie heute).

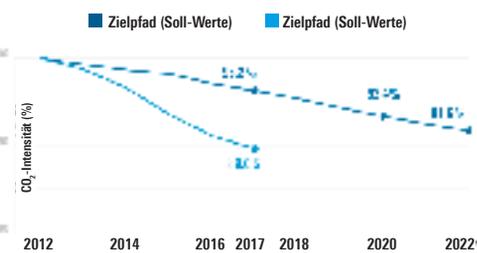
**Nr. 8:** CO<sub>2</sub>-Verminderungsleistung von Wald oder anderen Lösungen werden berücksichtigt.

### 2 Auslandmassnahmen

**Nr. 1:** Koppelung mit dem Europäischen Emissionshandelssystem für Klimazertifikate inkl. Einbindung der Luftfahrt.

**Nr. 2:** Anrechenbarkeit von ausländischen CO<sub>2</sub>-Reduktionen nach Regelwerk des Pariser Abkommens (internationale Bescheinigungen).

## CO<sub>2</sub>-Intensität der Unternehmen mit Zielvereinbarung\* (in %)



\*CO<sub>2</sub>-Intensität: Die ausgestossene Menge CO<sub>2</sub> pro produzierte Energieeinheit  
Quelle: Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Unternehmen im Zielvereinbarungssystem übertreffen ihre Emissionsreduktionsziele auch in der aktuellen Verpflichtungsperiode deutlich und liegen bereits 2017 unter dem Zielwert von 2020. Gegenüber dem Stand von 1990 haben sie ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um über 30 Prozent reduziert.



# Klimapolitik 2.0 als Chance begreifen

Für Klimaschutz im In- und Ausland

Die UNO-Klimakonferenz von Katowice hat es gezeigt: Die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad über ein globales Regelwerk muss möglichst rasch in Angriff genommen werden. Offen bleibt in vielen Staaten, wie ehrgeizig sie den Weg zum Ziel gehen werden. Es liegt nun am Ständerat aufzuzeigen, wie die Schweiz diesen Weg chancenreich begehen kann.

Sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz im Inland um 40 Prozent gesenkt werden? Oder um 50? Um 60 Prozent? Oder braucht es gar kein minimales Inlandziel? Weil sich der Nationalrat in dieser und weiteren Fragen nicht einig wurde, hat er nach zehnstündiger Debatte die Teilrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes bachab geschickt. Dies hat in der Bevölkerung, bei Umweltverbänden und selbst im Parlament eine grosse Unzufriedenheit ausgelöst, um Kompromisse zu finden und neue Vorschläge zu erarbeiten.

## Die Schweiz soll Verantwortung übernehmen

Gerne weisen wir Schweizer darauf hin, dass unser Land zu den zwanzig grössten Wirtschaftsnationen der Welt gehört und dass wir bezüglich Direktinvestitionen sogar zu den Top 5 gehören. Weniger

gerne sagen wir aber, dass unser Land der weltweit sechstgrösste Verursacher von Treibhausgasen wäre, würden die in der Schweiz verwalteten Finanzflüsse mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verknüpft und uns angelastet. Es ist offensichtlich: Die Schweiz ist in der Pflicht, und zwar im Inland wie im Ausland. Eine auf «Win-Win» fokussierte Klimapolitik sollte deshalb vor allem zwei Aufgaben erfüllen: Sie soll Massnahmen umsetzen, die sich schon mit

heutigen Technologien lohnen. Und sie soll durch Forschung und Entwicklung Massnahmen fördern, damit diese auch unter Einrechnung der Klimafolgekosten wirtschaftlich werden und weltweite Anwendung finden. Der Bundesratsvorschlag für das CO<sub>2</sub>-Gesetz konzentriert sich auf Inlandemissionen plus Auslandkompensation. Weitere Hebel werden nicht genutzt. Solche ins Gesetz aufzunehmen, scheint angesichts der heutigen Ausgangslage nicht unmöglich.

## Neue Vorschläge sind nötig

Für uns Liberale ist klar: Eine simple Fortschreibung der heutigen Klimapolitik greift zu kurz. Sie lässt auch die neuen Erkenntnisse der Klimawissenschaften völlig ausser Acht. Zudem orientiert sich eine solche Politik viel zu wenig an den Chancen, die wir als Innovationsnation wahrnehmen sollten.

Deshalb sollten sieben weitere Möglichkeiten näher geprüft werden. Dazu gehören die Flugticketabgaben, Anrechenbarkeit der CO<sub>2</sub>-Reduktionen in der ausländischen Wertschöpfungskette von Schweizer Unternehmen, Instrumente zur Reduktion von Risiken inländischer und weltweiter Klimaschutz-Investitionen, die Transparenz und Reporting von Klimarisiken und -wirkung im Bereich institutioneller Anleger und Unternehmen, sowie die Berücksichtigung von Klimarisiken bei der Festlegung von Eigenmittelquoten im Finanzsektor. Zudem soll der Innovationswettbewerb angekurbelt und eine verursachergerechte Finanzierung der ohnehin zu leistenden internationalen Klimafinanzierung geprüft werden.

## Klimaschutz im In- und Ausland

Klar ist: Wenn Auslandszertifikate nicht garantiert echten Emissionsreduktionen entsprechen, soll sich die Schweiz diese auch nicht anrechnen. Gleichzeitig soll die Schweiz bilaterale Verträge abschliessen, damit keine Doppelanrechnungen möglich sind. Als Hochtechnologieland mit vielfältigen Handelsbeziehungen und einem erstklassigen Finanzplatz besitzen wir wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen. Anhand dieser Chancen und diverser Massnahmen zeigt sich eindeutig: Die Schweiz muss Klimaschutz sowohl im In- wie auch im Ausland betreiben!

**Damian Müller, Ständerat LU**

«Die Schweiz besitzt wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen.»

### Elektromobilität

# Libérale Rezepte zur Förderung der Elektromobilität

Die Mobilität befindet sich im Wandel. Vernetzung und Digitalisierung schreiten voran, neue Mobilitätskonzepte und Akteure drängen in den Markt, und so verschärfen sich die Zielvorgaben zur Emissionsreduktion im Verkehr. Als zentrales Element dieser Veränderungen gilt der elektrische Antrieb. Dessen Förderung sollte mittels liberaler Rezepte erfolgen.

Obschon sich vieles ändern wird: Das Auto bleibt auch in Zukunft der wichtigste Verkehrsträger. Künftig wird der Antrieb aber vermehrt elektrisch sein – Autoschweiz erwartet einen Anteil von 10 Prozent im Jahr 2020. Dieses Ziel ist ambitioniert. Die massiven Investitionen in die Entwicklung und die Herstellung von Elektroautos zeigen aber deutlich die Richtung. Die Elektromobilität wird eine wichtige Ergänzung des motorisierten Individualverkehrs. Dem wichtigsten Verkehrsträger gebühren angemessene Rahmenbedingungen: ein bedarfsgerechtes Strassennetz, bestmögliche Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern und eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Hierbei können wir auf einheimisches Schaffen und Schweizer Produkte setzen. Die aargauische ABB ist Weltmarktführer im Schnellladebereich, diverse lokale und überregionale Energieversorger und der TCS bieten Ladedienstleistungen an.

### Entbürokratisierung fördert die Elektromobilität

Weder Subventionen noch Sonderrechte sind nötig, um die Elektromobilität zu fördern. Nötig sind ein unbürokratischer und hindernisfreier Aufbau der Ladeinfrastruktur, die Klärung der Regulierungskompetenzen für neue Angebote sowie eine erleichterte Einführung von neuen Mobilitätskonzepten. Auch im Langsamverkehr findet eine Elektrifizierung statt. Heute ist die Benutzung der meisten fahrzeugähnlichen Geräte auf öffentlichem Grund verboten. Das ist ein Beispiel für realitätsfremde Regulierung.

### Klimaziele im Verkehr

Die Emissionsvorgaben an die Autobranche sind sehr sportlich. Die Flottenziele in Sachen CO<sub>2</sub>-Ausstoss für das nächste Jahrzehnt sind ohne eine markante Zunahme an Steckerfahrzeugen nicht zu

erreichen. Die Umweltbilanz wird mit dem elektrischen Antrieb noch einmal verbessert. Durch den weltweiten Zubau an erneuerbaren Energiequellen wandelt sich das Auto vom Saulus zum Paulus. Die



Thierry Burkart

Mobilität auf vier Rädern wird auch ohne Nutzungseinschränkungen die Klimaziele des Bundes erreichen. Dafür braucht es aber keine sozialistischen Rezepte, sondern liberale.

**Thierry Burkart, Nationalrat AG, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen**

### Wie die Schweiz mit Exporttechnologie ihre ehrgeizigen Klimaziele erreicht

# Innovative Schweizer Lösungen zur Emissionsreduktion

In der Schweiz nehmen die Treibhausgasemissionen seit 1990 stetig ab. In den asiatischen Schwellenländern, mit ihrem Hunger nach Infrastruktur, Industrie und Arbeitsplätzen, wachsen sie dagegen am stärksten. Unbestrittenermassen befindet sich das grösste Potenzial für die Einsparung von Treibhausgasen ausserhalb der Schweiz.

Das 2015 beschlossene Pariser Übereinkommen hält gerade für Länder wie die Schweiz eine liberale Lösung für den grenzüberschreitenden Klimaschutz bereit. So können die inländischen Einsparungen um ein Vielfaches übertroffen werden.

Und so funktioniert es: Unternehmen liefern Engineering und Ausrüstung beispielsweise für die Totalerneuerung eines bestehenden thermischen Kraftwerks in einem Schwellenland. Mit bis zu 50 Prozent höherer Effizienz werden Einsparungen von Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Anlage erreicht. Allerdings fallen dabei erhebliche Mehrkosten an. Gemäss Pariser Übereinkommen wird dem Expor-

teur bzw. dem Exportland ein Teil der eingesparten Emissionen in Form von handelbaren Zertifikaten gutgeschrieben. Durch deren Verkauf werden die Mehrkosten gedeckt und die Realisierung ermöglicht – für Klimaschutz, Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung ein idealer Weg.

### Export von Effizienztechnologien fördern

Was muss die Politik dazu beitragen? Im Zuge der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes soll der Export von Effizienztechnologien als prioritäre Massnahme verankert werden. Der Bund soll, gestützt auf das Pariser Übereinkommen, die Anerkennung und An-

rechnung solcher Exporte vorantreiben. Schliesslich soll der Bundesrat mit geeigneten Partnerländern Kooperationsvereinbarungen abschliessen und Investitionssicherheit für diese Exporte schaffen.



Urs J. Näf

**Urs J. Näf, FDP Kanton Bern, Mitglied der Fachkommission Umwelt**

## Gebäudepark Schweiz

## Libérale Instrumente für ökologische Sanierung des Gebäudeparks

Um die CO<sub>2</sub>-Belastung zu senken, müssen die Gebäude in der Schweiz ökologisch saniert werden. Dazu stehen heute zwar gute Anreizinstrumente zur Verfügung, doch künftig sollen vermehrt marktwirtschaftliche Modelle in den Fokus rücken.

Der Gebäudepark Schweiz verantwortet einen Anteil von rund 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Gesamtbelastung. In Zahlen bedeutet dies ca. 13 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Gemäss Vorgabe des Bundesrats sollte der Emissionswert von 1990 bis ins Jahr 2030 halbiert werden. Machbar, weil bei Neubauprojekten kaum noch Ölheizungen verbaut werden und sie besser isoliert sind. Entsprechend sind sie bezüglich CO<sub>2</sub>-Belastung unproblematisch. Die grosse Herausforderung ist der bestehende, veraltete Gebäudepark.

### Lösungen sind vorhanden

Die heutigen gesetzlichen Vorgaben und die Innovationsdynamik im Markt sind eine gute Basis zur Meisterung dieser Herausforderung. Heizungen werden spätestens alle 25 Jahre ersetzt. Dank der

technologischen Entwicklung sind effiziente Produkte mit grossem Anteil an erneuerbarer Energie auf dem Markt. Ich unterstütze zudem die Umsetzung der Musterenergie-Verordnung der Kantone (MuKE), wonach bei einem Ersatz von fossilen Heizungen künftig ein Anteil von 10 Prozent mit erneuerbarer Energie vorhanden sein soll.

### Marktwirtschaftliche Modelle

Für die Sanierung der Gebäudehülle stehen heute die Subventionen des Gebäudeprogramms zur Verfügung. Ein gutes Anschubinstrument, das aber langfristig durch marktwirtschaftliche Modelle wie Zielvereinbarungssysteme ersetzt werden soll. Denkbar ist, dass Hauseigentümer oder Quartiere diese Absenkverpflichtung als Zertifikat verkaufen könnten oder von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreit werden.

Zudem hat sich die FDP bei der Energiestrategie 2050 erfolgreich für die Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von ökologischen Investitio-



Peter Schilliger

nen und der Rückbaukosten eingesetzt. Mit letzterem steigt der Anreiz einer Gesamterneuerung von bestehenden Gebäuden. Dies wäre ökologisch am sinnvollsten, weil so die bestehende Infrastruktur am besten genutzt wird.

**Peter Schilliger, Nationalrat LU**

## Kreislaufwirtschaft

## Kreislaufwirtschaft: der Königsweg zur Nachhaltigkeit

Wirkliche Nachhaltigkeit wird nicht durch Konsumverzicht und Beschränkungen der Ressourcennutzung erreicht. Es braucht dazu tatsächlich nur zwei Dinge: genug (erneuerbare) Energie und geschlossene Stoffkreisläufe. Neue Schweizer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft verdienen deshalb Unterstützung.

Es gilt heute als modisch, unser Leben mit «ökologischen Fussabdrücken» auszumessen. Resultat: Wir leben auf viel zu grossem Fusse, d.h. wir verbrauchen mehr Energie und Ressourcen, als der Planet auf Dauer liefern kann. Schlussfolgerung ist dann meistens, dass wir weniger konsumieren, nicht mehr fliegen, vegetarisch leben etc. sollten. Diese Folgerung ist kurzsichtig, denn sie geht davon aus, dass wir Stoffe nur einmal brauchen und dann irgendwo als «Abfälle» ablagern. Anstatt den Konsum einzuschränken, was Rezessionen und Wohlstandseinbussen auslöst, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen, d.h. aus «Abfällen» wieder nutzbare Ressourcen machen.

Vergleichen Sie einen sibirischen Tundra-Wald mit einem brasilianischen Regenwald. Beide sind nachhaltig (wenn man sie nicht abholzt!). Der Regenwald verbraucht ein Hundertfaches an Energie

und Stoffen. Er ist dennoch nachhaltig, weil seine Stoffkreisläufe geschlossen sind, und weil er genug Sonnenenergie erhält, um seine Biomasse zu produzieren und umzusetzen.

### Bahnbrechende Technologien

Nun tönt das Gebot «Stoffkreisläufe schliessen» freilich wie «I have a dream», eine Utopie. Und doch bietet die Technologie laufend neue Ansätze dazu. Rein technisch ist es heute schon möglich, jegliche Abfälle in einem Plasmaofen zu ionisieren, nach Atomen zu sortieren und dann daraus die reinen Elemente zurückzugewinnen. Wirtschaft-

lich ist das natürlich noch lange nicht. Aber es ist heute bereits wirtschaftlich, Gold und weitere Wertstoffe aus Kehrtrichtschlacke zurückzugewinnen! Es ist an der Grenze der Wirtschaftlichkeit, Phosphor aus den Klärschlämmen von Abwasserreinigungsanlagen zurückzugewinnen. Die Schweiz könnte so in der Versorgung mit diesem (lebenswichtigen) Element autark werden. Dasselbe gilt für Zink, welches aus den Filterstäuben von thermischen Prozessen in reiner Form zurückgewonnen werden kann.

Solche Projekte sind zukunftsweisend und verdienen die Unterstützung der Politik. Sie zeichnen den Königsweg zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor – ohne freiheitsbeschränkende und wirtschaftsschädigende Eingriffe.

**Dr. Jürg Liechti**

FDP SO, Mitglied der Fachkommission Umwelt

«Anstatt den Konsum einzuschränken, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen.»

## Fokus Klima und Umwelt

Viele Versicherer und andere Grossunternehmer fördern bereits heute sehr aktiv den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.



# Klimapolitik und die Versicherungswirtschaft

## Nachhaltigkeit in Grossunternehmen

Der Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die Versicherungswirtschaft ist davon stark betroffen. Es braucht deshalb entschlossenes Handeln in Wirtschaft und Politik.

Die Versicherungswirtschaft hat den Klimawandel bereits vor dreissig Jahren als Risiko erkannt. Für die Schweiz bedeutet Klimawandel mehr Hitzetage, trockene Sommer, heftige Niederschläge und schneearme Winter. Das hat nicht nur massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft; zunehmende Naturrisiken führen auch zu höheren Versicherungsschäden.

### Weitreichende Klimapolitik

Eine weitreichende Klimapolitik zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis hin zur Dekarbonisierung ist unumgänglich. Die Versicherungswirtschaft befürwortet deshalb die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegen-

über 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, ebenso wie ein 85-Prozent-Reduktionsziel (bzw. Netto-Null-Emissionen) bis 2050.

### Was tun die Versicherungen?

Zahlreiche Versicherer verzichten heute bereits auf Geschäfte, die zu grossen Umweltschäden führen, oder erlauben diese nur unter strengen Qualitätskriterien. Ein aktuelles Beispiel ist die Versicherung von Kohlerisiken. Versicherer wie Allianz, Generali, Swiss Re oder Munich Re haben diese stark eingeschränkt und fördern so auch den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Auch bei nachhaltigen Kapitalanlagen nehmen Versicherer eine führende Rolle ein. Swiss Re bei-

spielsweise bezieht Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks systematisch in ihre Anlageentscheidungen ein. Damit unterstützen Kapitalanleger eine nachhaltige Unternehmenspolitik, mindern Risiken im Portefeuille und sichern sich langfristig höhere risikobereinigte Renditen. Nachhaltigkeit wird damit zum Kern erfolgreicher Unternehmensführung.

### Ambitionierte Ziele setzen

Unterstützend brauchen die Unternehmen aber auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Viele Länder haben sich ambitionierte und verbindliche Emissionsziele gesetzt. Deshalb unterstützt auch der Versicherungsverband ein Inlandziel für die Schweiz – in Ergänzung zu Reduktionen im Ausland.

Ein solches Ziel unterstreicht die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Verpflichtung und erleichtert die Planbarkeit – zumal die Ausgestaltung des Emissionshandels nach der letzten Klimakonferenz unklar bleibt. Ausserdem werden die Preise für Zertifikate künftig steigen, denn die Länder, in denen sich bisher Emissionsreduktionen «einkaufen» liessen, müssen diese vermehrt selber nutzen.

### Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen

Für die Schweiz und ihre Unternehmen bietet die Dekarbonisierung deshalb Chancen: kostengünstige Reduktionspotenziale in den Bereichen Gebäude und Verkehr realisieren, die Transformation des Energiesystems vorantreiben, unternehmerische Innovationskraft stärken und inländische Wert-



Beat Habegger

schöpfung schaffen. Mittels einer weitreichenden Politik lässt sich der Klimawandel damit letztlich – neben allen zu bewältigenden Risiken – als positive Kraft zur Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

Beat Habegger, Kantonsrat ZH

# Liberal und weltoffen

## Die 5. Schweiz im Wahljahr

Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer werden die Wahlen im Herbst 2019 nicht alleine entscheiden. Aber sie können in vielen Kantonen das Zünglein an der Waage spielen. Wer sind sie? Wie ticken sie politisch und warum sind sie für die FDP eine lohnende Zielgruppe?

761 930 – so viele Schweizerinnen und Schweizer leben laut offiziellen Zahlen im Ausland. Damit wäre die 5. Schweiz der drittbevölkerungsreichste Kanton nach Zürich und Bern. Geografisch verteilt sich die 5. Schweiz zwar über den ganzen Erdball, aber mit über 60 Prozent entfällt der grösste Anteil auf Europa, insbesondere die Nachbarländer. De-

«Bisher punktete vor allem die SP in der 5. Schweiz – das muss nicht sein!»

mografisch wiederum sind die Menschen im Schnitt jünger und zählen mehr Frauen als die Bevölkerung zu Hause. Nicht zu unterschätzen ist der grosse Anteil sogenannter Expats: Leute, die einen Abschnitt ihres Lebens im Ausland verbringen, sei dies fürs Studium, weil sie für die Schweizer Ex-

portindustrie irgendwo auf der Welt tätig sind, oder weil sich ganz einfach die Liebe nicht an die Landesgrenze gehalten hat.

### Die politischen Rechte

Ihre politischen Rechte üben die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im letzten Wohnkanton aus. Bei den Nationalratswahlen verfügen sie in allen Kantonen über das aktive und das passive Wahlrecht, bei den Ständeratswahlen in den meisten Kantonen. Ihre Stimmbeteiligung liegt im Schnitt allerdings tiefer. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ab der zweiten Generation fällt sie aus naheliegenden Gründen, denn die politische Realität der Schweiz entfernt sich, während sich die Integration im neuen Land vollzieht – eine Entwicklung, die wir auch bei Secondos in der Schweiz feststellen und die ja durchaus zu begrüssen ist. Wichtig sind aber auch Hindernisse im Abstimmungsprozess. Oft kommen die Unterlagen einfach nicht rechtzeitig oder gar nicht an. E-Voting bleibt daher auch ein zentrales Anliegen dieser Wählergruppe, welche hier eine direkte Betroffenheit spürt. So ist denn die Beteiligung in jenen Kanto-



Roger Kölbener

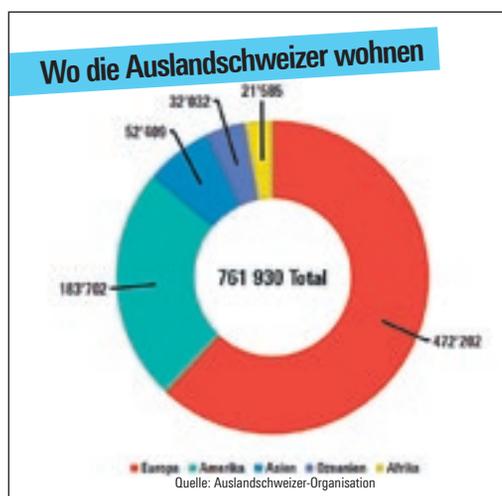
nen, welche ihren Auslandschweizern diese Möglichkeit anbieten, auch nachweisbar grösser.

### Liberal und weltoffen

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer stimmen im Vergleich sowohl in gesellschaftlichen wie auch in wirtschaftspolitischen Fragen liberaler und weltoffener ab als die Zuhausegebliebenen. Ihr Smartspider verrät ein politisches Profil, für welches die FDP das richtige Angebot bereithält. Trotzdem konnte die SP in der Vergangenheit bei nationalen Wahlen überdurchschnittlich punkten bei den Stimmen der 5. Schweiz, sie ist dort gar die stärkste Partei. Das muss nicht sein!

«Liberal und weltoffen – das politische Profil der 5. Schweiz passt perfekt zur FDP.»

Als wichtigstes politisches Thema nennen ganze 47 Prozent der Auslandschweizer die Europapolitik (im Inland sind es die Gesundheitskosten). Auch das ist eine grosse Chance für die FDP, denn mit einer konstruktiven und fortschrittlichen Europapolitik, die einsteht für die Zukunft des bilateralen Weges, kann sie sich gerade auch bei den Auslandschweizern profilieren. Nicht zuletzt deshalb, weil die SP in dieser Frage ein Trauerspiel abliefern und sich unter dem Diktat der Gewerkschaften lieber zur SVP in den Schützengraben legt, als die Werte und Interessen der Schweiz zu verteidigen.



Anteil der im Ausland lebenden Schweizer nach Erdteil. ASO



Das politische Profil der Auslandschweizer. NZZ-Infografik

Roger Kölbener, Präsident FDP International

Die Delegierten dankten Johann Schneider-Ammann spontan mit mehreren stehenden Ovationen.



# Auf Wiedersehen Johann Schneider-Ammann

Herzlich willkommen, Karin Keller-Sutter

Mehr Bilder  
auf  
[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Rund 350 Delegierte haben am 12. Januar 2019 ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Neben diesem festlichen Teil fassten die Delegierten die Parolen für drei Abstimmungsvorlagen.

Sutter, herzlich empfangen. Sie verfügt über einen beispiellosen politischen Leistungsausweis von fast 30 Jahren im Dienste der Schweizerinnen und Schweizer. Als Gemeinderätin, Kantonsrätin, Regierungsrätin und noch vor kurzem als Ständeratspräsidentin hat sie ihr Können bewiesen. Auch in

An der ersten Delegiertenversammlung 2019 haben die Delegierten in Biel ihrem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann für sein enormes Engagement im Dienst unseres Landes und unserer Partei gedankt und ihn würdevoll verabschiedet. Der Elektroingenieur und ehemalige Unternehmer konnte trotz Wirtschaftskrise die Erwerbsquoten hochhalten. Er hat den weltweiten Spitzenplatz als Innovationsstandort ausgebaut, zahlreiche Freihandelsabkommen ausgehandelt und die Schweiz ins digitale Zeitalter geführt. «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren», so der alt Bundesrat in seiner Abschiedsrede. Die Delegierten dankten es ihm mit mehreren stehenden Ovationen.

### Warmes Willkommen für Karin Keller-Sutter

Wo ein Ende ist, ist auch ein Anfang. So haben die Delegierten ihre neue Bundesrätin, Karin Keller-



Ein emotionaler Moment: Die Delegierten danken und verabschieden den verdienten Bundesrat mit stehenden Ovationen.

der Wirtschaft ist sie bestens verankert, etwa durch ihr Engagement im Vorstand des Arbeitgeberverbands oder durch ihre Arbeit im Rahmen von mehreren Verwaltungsratsmandaten. Die FDP ist stolz auf sie und freut sich darüber, dass sie die freisinnigen Werte im Bundesrat vertritt.

### Sehr deutliche Zustimmung zur AHV-Steuvorlage und zur Waffenrichtlinie

Einstimmig haben die Delegierten die Zersiedelungs-Initiative abgelehnt, über die wir am 10. Februar zu bestimmen haben. Sie liefert keine Antworten auf die dringendsten Probleme der Raum-

## «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren.»

Johann Schneider-Ammann

planung. Eine deutliche Ja-Parole fassten sie aber mit 296 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen für die AHV-Steuvorlage. Mit diesem Paket wird nicht nur die Standortattraktivität gesichert, sondern auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Hunderttausende Arbeitsplätze in der Schweiz gewährleistet.

Nach einer spannenden Debatte haben die Delegierten dann auch die Änderung der EU-Waffenrichtlinie mit 250 zu 46 bei 5 Enthaltungen angenommen. Sie wollen das für die Sicherheit in der Schweiz so wichtige Schengen-Abkommen nicht gefährden und betrachten die Änderungen für die Schützinnen und Schützen als zumutbar.



«Die Menschen erwarten von der Politik nicht, dass sie ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten von uns, dass wir sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht noch mehr einschränken», ist unsere neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter überzeugt.



Die Partei schenkte ihrer neuen Bundesrätin ein grosses Bild des Säntis, das ihre Heimat Ostschweiz symbolisieren soll. Petra Gössi scherzte: «Zum Glück sind die Büros der Bundesräte gross.»



Unsere Präsidentin hat nicht nur die Delegierten auf das Wahljahr eingeschworen, sondern in Biel auch noch ihren Geburtstag gefeiert. Die Blumen nahm sie dankbar entgegen.



Petra Gössi übergibt Johann Schneider-Ammann eine Gutschein-Box für Ausflüge mit seinen Enkelkindern.

# Engagierte Nachwuchstalente – Investition in die Zukunft

## Mentoringprogramm der FDP Schweiz

Im Juni 2019 startet das neue Mentoringprogramm der FDP Schweiz. Das Programm wird in zwei Ebenen angeboten. So richtet sich ein Programm gezielt an junge Persönlichkeiten, die erst am Beginn ihrer Politkarriere stehen. Das zweite Programm strebt eine Unterstützung von Politikern an, die schon in einem Amt tätig sind und eine nationale Karriere anstreben.



Teilnehmende des Bachelorprogramms am Kickoff, zusammen mit dem damaligen Fraktionspräsidenten, Bundesrat Ignazio Cassis, Präsidentin Petra Gössi und Generalsekretär Samuel Lanz.

Das Programm «Bachelor» richtet sich an Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die evtl. bereits auf kommunaler Stufe aktiv sind. Diese Jungpolitiker sollen für ein kantonales Amt (Legislative sowie Parteikader) vorbereitet werden. Die Jungpolitiker erhalten während zweier Jahre eine Betreuung, die ihnen ermöglichen soll, sich ein Netzwerk, das nötige Fachwissen und Kompetenzen aufzubauen. Jeder Teilnehmer erhält einen kantonalen Mentor, der darum bemüht ist, dem Mentee ein Netzwerk im Kanton zu eröffnen. Ebenso werden die Teilnehmer von ihrer Kantonalpartei tat-

kräftig unterstützt, gefördert und betreut. Fleissige Bachelormentees können sich nach einem Jahr für das Masterprogramm bewerben. Pro Ausbildungsgang sind 15 bis 20 Mentees möglich.

### Gezielte Förderung

Mit dem Masterprogramm sollen aussichtsreiche Politikerinnen und Politiker auf ein Mandat in der nationalen Legislative, der kantonalen Exekutive oder der nationalen Partei vorbereitet werden. Das Programm bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich mit wichtigen Personen zu vernetzen

und so an ein Netzwerk, finanzielle Unterstützung und überregionale Beachtung zu kommen, um erfolgreich kantonale Regierungswahlkämpfe und nationale Wahlkämpfe zu bestehen.

Jeder Teilnehmer erhält einen nationalen Mentor. Den Teilnehmenden wird eine individuell angepasste Förderung ermöglicht. Pro Durchgang können maximal 6 Personen teilnehmen. Das Programm dauert zwei Jahre.

Mit dem Mentoringprogramm sollen junge Politiker so geschult werden, dass sie für kantonale oder nationale Ämter vorbereitet sind. Sie verinnerlichen die liberale Strategie, Werte und die Ausrichtung und können die liberale Politik nach aussen tragen.

### Wertvolle Einblicke, grosse Plattform

Durch das Programm erhält die Partei Nachwuchskräfte, die auf einem vergleichbaren Level ausgebildet sind. Die Mentees erhalten auch die Gelegenheit, aktiv bei den Kampagnen, Wahlkämpfen oder bei der Parteikommunikation mitzuwirken. So können sie ihre Ideen und ihr Engagement einbringen und erhalten eine wertvolle Plattform in ihrer Region oder sogar der ganzen Schweiz. Gleichzeitig helfen sie mit, wichtige Inhalte der FDP hinaus in die Kantone und Ortsparteien zu tragen.

Die Ausschreibung startet Anfang Februar – die Kantonalparteien und die FDP Schweiz freuen sich auf zahlreiche Bewerbungen. Für weitere Informationen können Sie sich gerne an Ihre Kantonalpartei oder direkt an die FDP Schweiz wenden.

### Anforderungen

- › Politisch aktiv auf kommunaler (Bachelor) oder kantonalen Ebene (Master)
- › Ab 18 Jahre
- › Ausserordentliches politisches Interesse
- › Ehrgeiz, Zielstrebigkeit
- › Bereitschaft, während 2 Jahren grosses persönliches Engagement zu leisten
- › Grosse Flexibilität mitbringen; viele Anfragen sind kurzfristig

Ja zur AHV-Steuvorlage

## Standortattraktivität der Schweiz verbessern

Ein weiteres Hinauszögern einer Reform der Unternehmenssteuern wäre sehr riskant, denn es würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und viele Arbeitsplätze gefährden. Die AHV-Steuvorlage sichert einen starken Standort Schweiz und gibt den Unternehmen die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit.

Eines ist nach dieser Legislatur klar: Grosse Würfe sind dem Parlament nicht gelungen. In den Medien war nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III und der Reform Altersvorsorge bereits von einer verlorenen Legislatur die Rede. Doch deswegen die Segel streichen dürfen wir nicht – das Problem der international nicht mehr akzeptierten Steuerregimes besteht noch immer und kann mit einer Annahme der AHV-Steuerreform gelöst werden. Eine rasche Lösung ist noch wichtiger geworden. Ein weiteres Hinauszögern ist unweigerlich mit unverantwortlichen Risiken verbunden – kommt die Schweiz von der grauen auf die schwarze Liste der Steuerländer, steht die

Standortattraktivität der Schweiz auf dem Spiel. Dieses Risiko ist für die international vernetzte Schweiz und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze nicht tragbar. Nur eine zeitnahe Reform stellt sicher, dass die Schweiz auch in Zukunft einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte bleibt und so weiterhin zu den attraktivsten und innovativsten Ländern der Welt gehört. Die AHV-Steuvorlage ist deshalb eine Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Während sie zum einen international nicht mehr akzeptierte Steuerregimes abschafft und damit einen reinen Tisch macht, entwickelt sie zum anderen international unbestrittene Regelungen weiter, sodass die Schweiz auch wei-

terhin ein attraktiver Steuer-, Forschungs- und Arbeitsplatz bleibt. Mit dieser Reform erhalten alle Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Ermöglichen wir also eine geordnete Standortverbes-



Ruedi Noser

serung, welche im Unterschied zur Unternehmenssteuerreform III sozial abgedeckt ist, und sagen Ja zur AHV-Steuvorlage.

**Ruedi Noser, Ständerat ZH**

Abstimmungen

## Das Waffengesetz – was steckt dahinter?

Aufgrund verschiedener Terroranschläge in Europa und deren länderübergreifender Kriminalität haben die Schengen-Staaten beschlossen, die Waffengesetzgebung im Schengen-Raum anzupassen.

Der illegale Waffenhandel soll besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit von Teilen halbautomatischer Waffen besser gewährleistet werden. Auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten soll optimiert werden. Als Schengen Mitglied hat auch die Schweiz ihr Waffenrecht weiterentwickelt. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Beim Waffengesetz umstritten ist die verschärfte Bedingung für den Erwerb und den Besitz halbautomatischer Waffen. Diese Waffen gelten neu als verboten. Eine Ausnahme vom Verbot bildet die von der Armee übernommene Armeewaffe. Obwohl die Armeewaffe zu den halbautomatischen Gewehren gehört, wurde sie vom Gesetz ausgenommen. Ein Sturmgewehr, das der Armeeangehörige nach dem Ende der Dienstzeit übernimmt, fällt daher nicht in die Kategorie der verbotenen Waffen. Für den Schützen, der mit seiner Armeewaffe trainiert, ergeben sich folglich keine Änderungen. Erst bei einem Weiterverkauf braucht es eine Bewilli-

gung für den neuen Käufer. Mit dem neuen Waffengesetz wird zudem von Sammlern und Museen verlangt, dass ihre halbautomatischen Waffen sicher aufbewahrt werden.

Minimale Änderungen

Somit ist klar: das befürchtete Ausmass der Änderung des Waffengesetzes hält sich in engen Grenzen, mit welchen gezielt die Sicherheit verbessert werden soll. Zudem sichern wir mit dem Waffengesetz unsere Schengen-Mitgliedschaft, die für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral ist. Diese wären mit dem automatischen Austritt aus Schengen verloren, wenn die Schweiz ihr Waffengesetz nicht anpasst.

**Corina Eichenberger  
Nationalrätin AG**



Nach einer interessanten Podiumsdiskussion (von links: NR Corina Eichenberger, NR Philippe Nantermod, NR Jean-Luc Addor) sprachen sich die FDP-Delegierten deutlich für ein Ja zur Waffenrichtlinie aus.



# Bauzonen nicht einfrieren

Nein zur Zersiedelungs-Initiative

Die Grünen wollen mit der Zersiedelungs-Initiative Bauzonen ohne jegliche zeitliche Beschränkung einfrieren. In populistischer Manier stellen sie sich als «wir gegen alle» im Kampf für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung dar. Dabei ist völlig klar, dass wir mit unserem Boden haushälterisch umgehen müssen und dass das nicht nur ein Anliegen der Grünen ist. In der Raumplanung braucht es einen vernünftigen Spielraum – die radikale Zersiedelungs-Initiative ist daher abzulehnen.

Wer ökonomisch denkt, denkt auch ökologisch – selbstverständlich auch in der Raumplanung. Die Zersiedelungs-Initiative liefert keine Antworten auf deren Probleme. Im Gegenteil, die Initiative schränkt den Handlungsspielraum der Kantone ein, um wirksam gegen die Zersiedelung vorzugehen und auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen der Zukunft zu reagieren. Der Bundesrat wie auch das Parlament empfehlen die Initiative deshalb deutlich zur Ablehnung.

### Raumplanung als Wahlkampf

Die eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwick-

lung», auch einfach Zersiedelungs-Initiative genannt, kommt am 10. Februar 2019 zur Volksabstimmung. Artikel 75 der Bundesverfassung soll um vier Absätze erweitert werden und erreichen, dass die Bauzonen in der Schweiz nicht mehr weiter zunehmen, respektive es soll nur eine neue Bauzone geben, wenn mindestens eine gleich grosse Fläche mit vergleichbarer Bodenqualität ausgezont wird. Hinzu kommen Bestimmungen zur Siedlungsverdichtung und zur staatlichen Förderung «nachhaltiger» Quartiere. Damit wird klar: Es geht den Grünen darum, das zukünftige Wohnen zentralistisch zu lenken und den Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden einzuschränken. Es geht

den Initianten aber hauptsächlich um Wahlkampf. In einem Strohfeuer der Unwahrheiten positionieren sie sich als einzige Kraft, die etwas gegen die Zersiedelung unternimmt.

### Raumplanungsgesetz wirkt

Die eidgenössischen Räte haben 2012 eine Revision des Raumplanungsgesetzes beschlossen. Die strengen Massnahmen, die es enthält, wurden in einer Volksabstimmung bestätigt und sind am 1. Mai 2014 in Kraft getreten. Die Folgen dieser Regulierung zeigen bereits erste Effekte: Die Bauzonenfläche pro Kopf nimmt dank der Siedlungsentwicklung nach innen und einer effizienteren Flächennutzung ab. Auch die am 11. März 2012 vom Volk angenommene Zweitwohnungsinitiative hat einen dämpfenden Effekt auf die Zersiedelung. Die Bautätigkeit ist deshalb in den Gebieten mit hohem Zweitwohnungsanteil – speziell in den touristischen Berggebieten – rückläufig. Die Behauptungen der Grünen, wir hätten ein Raumplanungschaos und die bisherigen Massnahmen mit den überarbeiteten kantonalen Richtplänen und den angepassten kantonalen Planungs- und Baugesetzen zeigten keine Wirkung, sind klar falsch.

### Spielraum bewahren

Heute lässt sich kaum abschätzen, wie die räumlichen Bedürfnisse in einem digitalisierten Zeitalter aussehen werden. Es braucht gerade in der Raumplanung eine gewisse Flexibilität. Eine Güterabwägung muss immer möglich sein. Denn es ist offen, wie sich Mobilität, Logistik, Industrie, Dienstleistungen, Wohnformen u. Ä. entwickeln und welche Raumbedürfnisse sie haben werden. Ein Nein zur Zersiedelungs-Initiative bedeutet, sich in der Raumplanung einen vernünftigen Spielraum zugunsten der in unserem Land wohnenden und arbeitenden Menschen zu bewahren.

**Hansjörg Brunner,**  
Nationalrat TG

### Befürworter

Grüne, JUSO, Alternative Linke Bern, SP und Umweltorganisationen

### Gegner

FDP, Jungfreisinnige, SVP, CVP, BDP, grünliberale, Schweizerischer Gewerbeverband, Baumeisterverband, Centre Patronal, Economiesuisse, Schweizer Bauernverband, Hotelleriesuisse, Versicherungsverband, Hauseigentümerverband, Fédération romande immobilière, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete

# Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

10. FEBRUAR

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.  
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

# AGENDA

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp (Aarau)  
und 125-Jahr-Jubiläumsfeier der FDP (Olten)

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. Mai

Delegiertenversammlung in St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

Überflüssig  
& unnützlich!

Radikale  
Zersiedelungs-Initiative  
NEIN

[www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch](http://www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch)

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Layout:

LZ Print | E: [kontakt@lzprint.ch](mailto:kontakt@lzprint.ch)

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)

**FDP**  
Die Liberalen

Save the Date

**Tag der FDP 2019**

Gemeinsam weiterkommen.

**31. August 2019**

**Schachenhalle Aarau**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)



**KRAFTWERK  
ZÜRICH**

**12. APRIL  
(GANZTÄGIG)**

Save the Date

**Urban Innovation Day II**

**Die Smart City Konferenz für Schweizer und internationale Startups**